



WAR GAMES

*Militärische Anlagen
zwischen Rhein und Maas*

Stand April 2017



Inhalt

Vorwort	2
Militärstandorte zwischen Rhein und Maas	4
Der Niederrhein in der Militärstrategie von NATO und Bundeswehr	10
Alternativen zu Tod und Gewalt	16
Was kann man tun?	26

Vorwort

Oft hören wir von Politiker*innen, dass wir in Deutschland nun seit 70 Jahren im Frieden leben. Dies ist aber nur richtig, wenn man die Ereignisse in anderen Ländern ausklammert. Seit Ende des Kalten Krieges ist die deutsche Armee an einer ganzen Reihe von Kriegseinsätzen beteiligt gewesen und ist es noch. Ob der Jugoslawienkrieg, der Krieg in Afghanistan oder aktuell in Syrien und Mali: Die Bundeswehr beteiligt sich an Kriegen. Die Zahl der dabei getöteten deutschen Soldat*innen kennen wir; die Zahl der durch den Einsatz

der Bundeswehr getöteten Gegner und Zivilpersonen hat niemand erhoben. Diese Kriegseinsätze starten nicht irgendwo weit weg. Kriege beginnen hier, beginnen in NRW vor allem am Niederrhein. Von hier starten Aufklärungs- und Bombenflugzeuge, von hier werden die Kriegseinsätze der deutschen, aber auch der NATO-Luftwaffe gesteuert.



Atombomben lagern
abwurfbereit

Menschen werden als Ziele erfasst
und zur Vernichtung
freigegeben

Unsere Region wird
zum Zielgebiet
atomarer Gegen-
schläge

Tödliche
Luftwaffeneinsätze
werden von hier aus
geleitet

Aus
einem
unterirdischen
Führungsbunker kommen
die Einsatzbefehle

Für weltweite
High-Tech
Kriegseinsätze laufen
hier die Fäden zusammen

Massenhafter Tod und Zerstörungen
von Lebensgrundlagen werden
einkalkuliert

Militärische Führungs-
einrichtungen
verschlingen Steu-
ermilliarden

Idylle mit Flecken

Wir als Kriegsgegner*innen vom Niederrhein sind über diese Situation entsetzt. Wir sagen deutlich: Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit, egal mit welchen Begriffen er auch bemäntelt wird: als „humanitärer Einsatz“, „für die Menschenrechte“ oder als „Krieg gegen den Terror“. Wir wollen nicht, dass der Niederrhein mit seiner schönen Landschaft, mit seinen Kul-

turgütern, mit seinen Wirtschaftszentren und mit seinen Menschen zum Ziel gegnerischer Angriffe wird, genau wie wir nicht wollen, dass andere Regionen auf dieser Welt Ziel von Angriffen vom Niederrhein aus werden.

Mit dieser Broschüre wollen wir über die Militärstandorte zwischen Kalkar und

Köln, zwischen Wesel und Geilenkirchen informieren. Wir wollen aufzeigen, welche Militärstrategien mit diesen Standorten realisiert werden sollen. Und wir wollen zeigen, welche Folgen diese Politik der Kriegsführung und Aufrüstung hat, in die unser Niederrhein mit eingebunden ist.

Wir wollen Mut machen, gegen diese Politik aktiv zu werden. Allein, mit Freund*innen, zusammen mit anderen bei Friedensaktionen, in Initiativen oder Organisationen. Ideen dazu gibt es viele; einige stellen wir hier vor. Wir alle stehen vor großen Herausforderungen, wenn wir

Militärstandorte zwischen Rhein und Maas

In keiner Region von NRW sind so viele militärisch wichtige Standorte konzentriert wie in der Region von Maas und Rhein. Von hier werden Einsätze der Luftwaffen Deutschlands und der NATO koordiniert, von hier starten die AWACS-Aufklärer zu Kriegseinsätzen in der ganzen Welt, hier heben die Eurofighter ab, um an der russischen Grenze als Teil der der aktuellen Drohkulisse ihre riskanten Manöver auszuführen.

unsere Zukunft lebenswert gestalten wollen. Rüstung und Krieg sind die größten Hindernisse auf dem Weg dahin. Wir haben unser Schicksal selbst in der Hand, dafür gilt es aktiv zu werden!



Geilenkirchen

Der Airport hat eine lange Geschichte, aber seit 1982 sind AWACS-Flugzeuge der NATO dort stationiert. Diese zu militärischen Zwecken umgebauten Boeing 707 sollen als „Frühwarnsysteme“ nicht nur dem Ausspionieren „feindlicher“ Stellungen und Truppenbewegungen dienen, sondern auch zugleich als fliegende Einsatzzentralen den Angriff dirigieren. AWACS heißt übersetzt „Airborne Early Warning and Control System“.

In Geilenkirchen sind 16 AWACS-Flugzeuge stationiert, die von 30 multinationalen Besatzungen aus 13 NATO-Staaten geflogen und bedient werden. Die Mannschaftsstärke umfasst 1600 Soldaten und 850 Zivilbeschäftigte.

Da die deutschen Mitglieder der Besatzungen eine wichtige Rolle spielen, gibt es immer wieder Streit, ob zu allen Einsätzen eine Genehmigung des Bundestages nötig ist. Militärs möchten dieses „Hemmnis“ gerne beseitigen und freie Hand für Kriegseinsätze haben.

Zuletzt waren die AWACS-Flieger von 2011–2014 in Mazar-e Sharif in Afghanistan stationiert, im Herbst 2016 erteilte der Bundestag das Mandat zum Einsatz im Syrienkrieg.

Kalkar/Uedem

Der Doppelstandort mit zwei nur wenige Kilometer auseinander liegenden Militäranlagen umfasst gleich fünf verschiedene Einrichtungen. Die Bundeswehr unterhält hier ihr „Zentrum Luftoperationen“. Gemeinsam bildet es mit dem „Luftwaffenstruppenkommando“ in Köln-Wahn das „Kommando Luftwaffe“ der Bundeswehr, also die oberste Führungsebene der Bundesluftwaffe. Von hier werden sämtliche deutsche Luftwaffensätze koordiniert, in Afghanistan, in Syrien, in Mali usw. Es ist die zentrale Steuerungseinrichtung der heutigen deutschen Luftkriegsführung.

Auch für die NATO ist Kalkar/Uedem von entscheidender Bedeutung. Hier ist das CAOC (Combined Air Operation Center) angesiedelt, ein multinational besetzter „Gefechtsstand“ für die Führung von Luftstreitkräften des Militärbündnisses. Das CAOC in Uedem, das dem NATO-Luftwaffenkommando in Ramstein untersteht, ist zuständig für alle Lufteinsätze der NATO nördlich der Alpen, also aktuell vor allem entlang der russischen Grenze. Der Gefechtsstand auf dem Paulsberg bei Uedem ist atom-

bombensicher verbunkert, weil sich die Militärs im Klaren sind, dass Kalkar/Uedem im Kriegsfall vorrangiges Angriffsziel wäre. Eine weitere NATO-Einrichtung in Kalkar ist das „Joint Air Power Competence Centre“ (JAPCC), eine „Denkfabrik“ der Luftwaffe. Hier sollen „strategisch/operative Führungs- und Einsatzgrundsätze“ der Luftstreitkräfte der NATO weiterentwickelt werden. Bei jährlichen JAPCC-Tagungen, die seit 2015 von Kleve nach Essen ins Ruhrgebiet ausgelagert wurden, erfährt die Öffentlichkeit etwas über Inhalte dieser „Weiterentwicklungen“. So geht es etwa um die angebliche Führbarkeit eines Atomkrieges oder um die Möglichkeit, auch dann Krieg zu führen, wenn moderne Kommunikationsmöglichkeiten zerstört sind. Bei diesen Tagungen sind neben Militärs und Politikern auch Industrievertreter anwesend, es geht also auch immer um die Einbeziehung militärtechnischer Neuentwicklungen.

Als vierte Einrichtung betreibt die Bundeswehr hier ihr Weltraumlagezentrum. Vermehrt stationiert auch die Bundes-

wehr Militärsatelliten, zum Beispiel für das Aufklärungssystem „SAR-Lupe“. Es soll Informationen über die Lage in Kriegsgebieten überall auf der Welt beschaffen und ist wichtiger Bestandteil der deutschen Kriegsführungsfähigkeit. Um über Gefahren für dieses und andere Satellitensysteme informiert zu sein, beobachtet das Weltraumlagezentrum das All.

Die fünfte Einrichtung ist das 2003 errichtete „Nationale Lage- und Führungszentrum Sicherheit im Luftraum“. Die High-Tech Anlagen zur Luftkriegsführung dienen hierbei einer eng verzahnten zivilen und militärischen Nutzung. In diesem Zentrum zur Überwachung des Luftraumes sind neben Soldaten Vertreter der Bundespolizei, der zivilen Flugsicherung und des Bundesamtes für Katastrophenschutz tätig. Terroristische Bedrohung durch zivile Flugzeuge – so heißt das Szenario, bei dem sich die Bundeswehr als Problemlöser (durch bereits trainierte Abschüsse) und Dienstleister für eigentlich polizeiliche und zivile Aufgaben präsentiert.

Kleine Brogel/Volkel

Im nur 30 km westlich von Kleve entfernten niederländischen Volkel und im nur 60 km westlich von Mönchengladbach entfernten belgischen Kleine Brogel sind us-amerikanische Atombomben stationiert. Genau wie im rheinland-pfälzischen Büchel werden auch diese Atomwaffen von Piloten der jeweiligen nationalen Luftwaffe mit ihren Bombern ins Ziel geflogen, wenn die USA die Waffen im Kriegsfall freigeben. Die Sprengkraft dieser jeweils 20 Bomben entspricht zusammen der von 600 Hiroshima-Bomben. Bis 2022 sollen sie durch neue Bomben ersetzt werden, die zielgenauer sein werden. Experten befürchten, dass damit die Bereitschaft bei den Militärs wächst, diese Waffen einzusetzen, da man meint, ihre Wirkung räumlich stärker begrenzen zu können. In der aktuellen neuen Konfrontation zwischen NATO und Russland haben Militärs beider Seiten mit einem möglichen Einsatz von Atomwaffen gedroht. So sind dann solche Atomwaffenstützpunkte natürlich auch Angriffsziele ersten Ranges, mit den katastrophalen Folgen für die ganze Region darum herum. Nicht nur das marode Kernkraftwerk in Tihange ist eine Bedrohung, Volkel und Kleine Brogel sind es auch!

Köln-Wahn

Schon in der Kaiserzeit wurde in der Wahner Heide scharf geschossen. Hier hat man die Meuterer Reichpietsch und Köbis hingerichtet, die 1917 in Wilhelmshaven versucht hatten, den ersten Weltkrieg zu beenden. Heute sind die Luftwaffenkaserne und ein militärischer Flugplatz direkt an den Zivilflughafen Köln/Bonn angebunden. In der Kaserne ist heute das „Luftwaffentruppenkommando“ stationiert, das zusammen mit dem „Zentrum Luftoperationen“ in Kalkar das Gespann „Kommando Luftwaffe“ der Bundeswehr bildet. Dem Luftwaffentruppenkommando sind alle deutschen Luftwaffeneinheiten truppendienstlich unterstellt, es ist also für die Bereitstellung der Luftwaffensoldaten für Einsätze verantwortlich.

Nörvenich

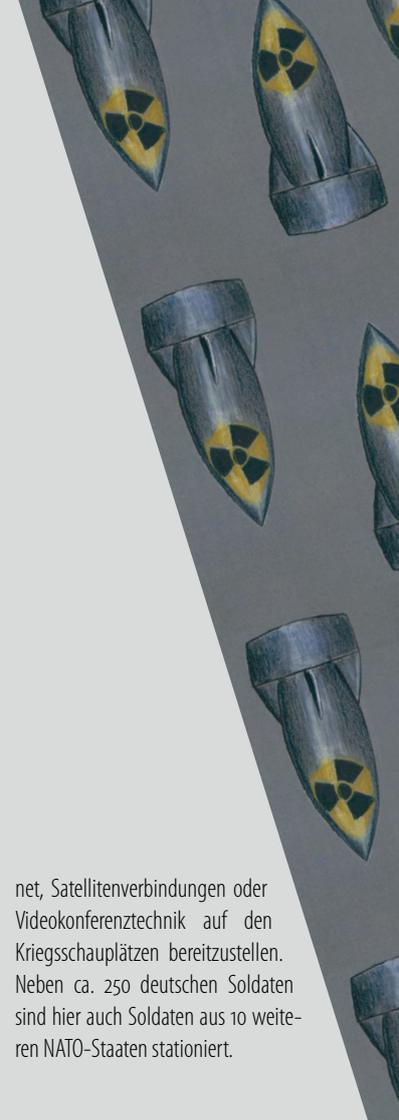
Der Flugplatz in Nörvenich wurde in den 50er Jahren für die trotz aller Proteste wieder neu aufgebaute Luftwaffe erstellt. Zunächst wurden hier die Skandalflieger „Starfighter“ stationiert, von denen auch rund um Nörvenich mindestens vier wegen technischer Probleme vom Himmel fielen. Heute ist Nörvenich mit 31 Flugzeugen

der größte Eurofighter-Standort der Bundeswehr, ca. 1000 Soldaten sind hier stationiert. Die Eurofighter sind der Kern der deutschen Luftstreitmacht. Sie übernehmen in einem Rotationsverfahren immer wieder das „Air-Policing“ in Estland, die Luftraumüberwachung mit der die NATO an der Grenze zu Russland militärische Präsenz zeigt. Immer wieder kommt es dabei zu gefährlichen Begegnungen in der Luft, eine ständige Eskalationsgefahr. Offiziell nur bis 1995 waren in einem „inneren Sperrbereich“ von Nörvenich 20 US-Atombomben stationiert, die von den deutschen Tornados ins Ziel geflogen werden sollten (siehe auch Kleine Brogel/Volkel). Nach deren Abzug blieben die Bunkereinrichtungen bestehen, denn Nörvenich ist Ausweichort für die Atombombenflieger aus Büchel.

Wesel

In der Bundeswehr-Kaserne in Wesel ist der deutsche Teil des „1st NATO Signal Battalion“ stationiert. Drei schnell verlegbare Kommunikationsmodule bilden den Schwerpunkt des deutschen Anteils. Ihre Aufgabe ist es, im Rahmen der NATO-Einsätze moderne IT-Kommunikationsmittel wie Telefonie, Netzwerke, Inter- und Intra-

net, Satellitenverbindungen oder Videokonferenztechnik auf den Kriegsschauplätzen bereitzustellen. Neben ca. 250 deutschen Soldaten sind hier auch Soldaten aus 10 weiteren NATO-Staaten stationiert.





Der Niederrhein in der Militärstrategie von NATO und Bundeswehr

Seitdem es keine Sowjetunion und keinen Ostblock mehr gibt, kann die NATO auch nicht mehr behaupten, sie diene nur der

Verteidigung gegen den Warschauer Pakt („Gleichgewicht des Schreckens“), der ja ebenfalls aufgelöst ist. Folglich musste die NATO ihre Militärstrategie umformulieren. Wer nun aber erwartet, dass nach 1990 im anfänglichen Tauwetter – mit einem „NATO-Russland-Rat“ und anderen vertrauensbildenden Vereinbarungen – der Weg für ein rein politisches Sicherheitssystem zwischen dem Westen und seinem

ehemaligen Erzfeind geebnet würde, sah sich schnell eines Schlechteren belehrt: Die NATO beteiligte sich u.a. an Kriegen im früheren Jugoslawien und in Irak; Russland führte Krieg in früheren Sowjetrepubliken (Kaukasus, Georgien, zuletzt Ukraine und Krim). Was hat all das militärstrategisch mit unserem Niederrhein zu tun?

Militärstrategische Bedeutung des Niederrheins

Alle oben beschriebenen niederrheinischen Militärstandorte und -einrichtungen sind Puzzleteile eines großen Ganzen der NATO, das strategisch aus zwei Elementen besteht: Erstens Russland wie einen Ring von Norwegen bis zur Türkei umzuschließen (das galt auch schon vor 1990), wobei über die strategische Langzeitplanung der NATO-Osterweiterung – die Aufnahme früherer Ostblockstaaten und Sowjetrepubliken – dieser Ring noch enger gezogen werden soll. Und zweitens eine Basis, ein Sprungbrett zu haben für Militäroperationen der NATO außerhalb Europas, was geostrategisch wegen der globalen Machtinteressen der USA als führendem NATO-Staat außerordentliche Bedeutung hat, aber gleichzeitig auch den Interessen deutscher Militär- und Sicherheitspolitik entspricht, eigenständige Auslandseinsätze der Bundeswehr zu ermöglichen. Ein Blick auf die Weltkarte zeigt, dass es deswegen kein Zufall sein kann, dass ausgerechnet am Niederrhein zentrale Kommandoeinheiten modernster Kriegsführung (Luftkrieg, elektronische Aufklärung, Kriegs-

leitzentralen) zu Hause sind. Ein anderes, dies bestätigende Indiz: Auffällig ist, wie diese strategische Bedeutung des Niederrheins in der Öffentlichkeit immer wieder heruntergespielt, verharmlost oder, wenn es nicht anders geht, mit angeblicher Arbeitsplatzsicherung begründet wird. Dass die NATO seit 1990 aber längst eine Strategie verfolgt, die sie zu einem global angreifenden Militärbündnis gemacht hat, wird über Tricks verkauft, die auch die Menschen am Niederrhein glauben sollen: Die Sowjetunion war böse – also ist das heutige Russland auch böse. Wer sich „unserer Wertegemeinschaft“ (Selbstbezeichnung der NATO) nicht unterwirft oder gar dagegen aufbegehrt, ist Terrorist oder steht im Verdacht, bald einer zu werden.

Das, was mit den Einrichtungen am Niederrhein unter anderem beabsichtigt ist, dient keinem anderen Zweck.





Was sind die Ziele einer solchen Militärstrategie?

Bis zur Epochenwende 1990 sah das Bild schwarzweiß aus: Westlicher Kapitalismus mit NATO gegen östlichen Kommunismus mit Warschauer Pakt. Jetzt aber ist auch der (europäische) Osten kapitalistisch: Worauf zielt dann die NATO ab, worauf das kapitalistisch dominierte Russland?

Auch wenn der Eindruck bisweilen immer noch gerne erweckt wird: Es geht nicht mehr um simple Gebietsverteidigungen, sondern um die längerfristige Sicherung wirtschaftlicher und politischer Einflusssphären im Globalmaßstab. Deswegen war die EU z.B. scharf darauf, mit einem Assoziierungsabkommen die Ukraine aus dem russischen Einflussbereich herauszuberechnen, was ganz Europa an den Rand eines heißen Kriegs geführt hat, weil Russland sich das nicht gefallen lassen wollte (und die USA das als „lachender Dritter“ auch noch schürte); deswegen sind Russland und die USA am Krieg in und um

Syrien beteiligt und strafen damit ihre eigenen Behauptungen Lügen, es ginge um die Selbstbestimmung dieses Landes: Was haben sie dann dort zu suchen? Und nicht zuletzt: Deswegen halten es Regierungen und Bundestagsmehrheiten unseres Landes für berechtigt, deutsche Soldaten zu Auslandseinsätzen zu verurteilen, in Krisengebiete deutsche Waffen en masse zu exportieren und keinerlei konstruktives Verhalten beispielsweise zum Verbot von Atomwaffen zu zeigen.

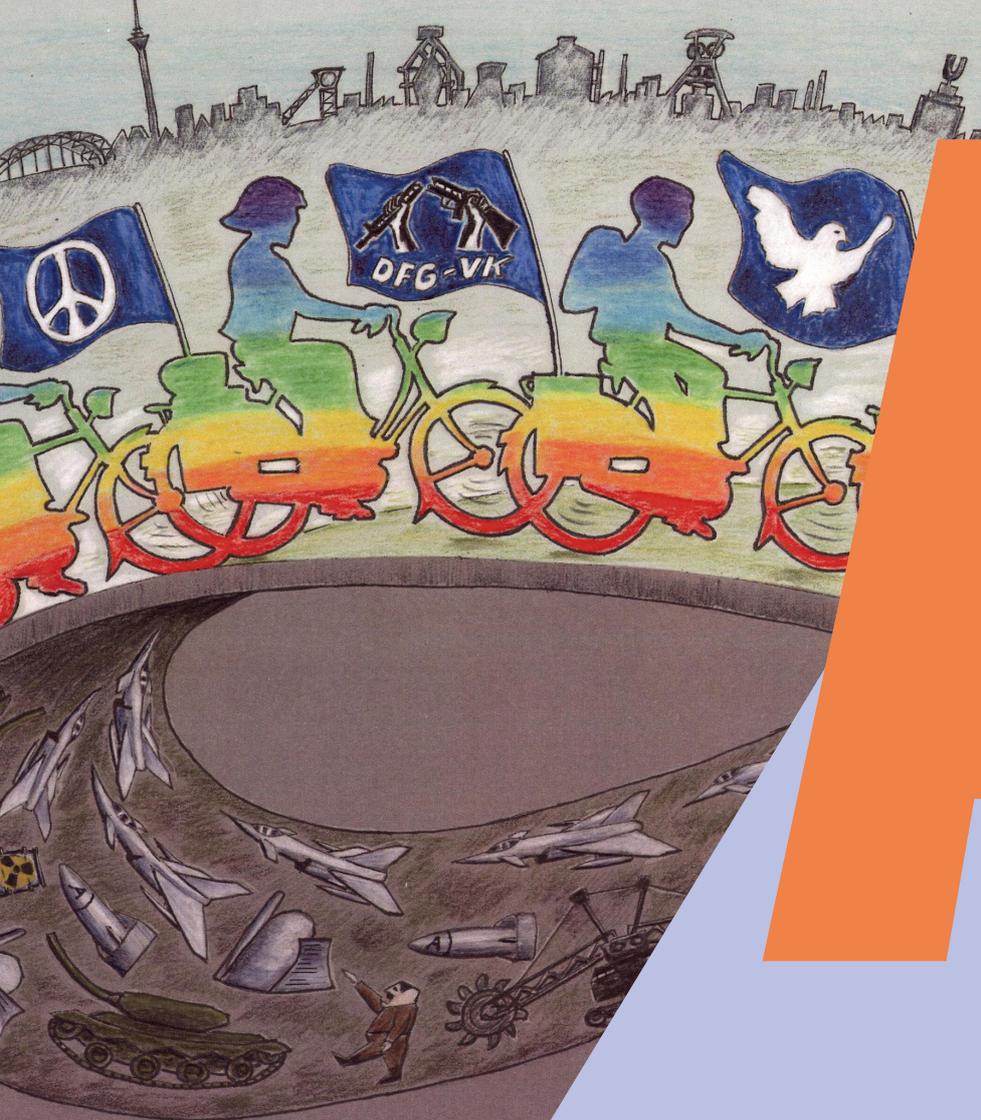
Es ist eine Gesamtstrategie. Sie zielt auf politische Abhängigkeiten und wirtschaftliche Ausbeutung ab. Es geht nicht nur um die möglichst billige Aneignung von Rohstoffen, sondern auch um die möglichst billige Ausnutzung von Arbeitskräften. Die Länder des geopolitischen Bogens von Nordafrika über den Nahen Osten bis nach Pakistan bluten aus, weil ihre wirtschaftliche Infrastruktur zerstört wird (u.a. durch EU-Handelsabkommen), was ihnen die Grundlagen ihrer Autonomie raubt. Das mündet in Gewalt und Fluchtursachen.

Die Russen? Es geht nicht um „die Russen“: Es geht um neu entstandene Oligarchien in Russland und deren Absicht, sich strategisch Schnitten am Weltkuchen zu sichern,

indem die herrschenden Regierungskräfte z.B. Bündnisse mit China, Indien und anderen „global players“ anstreben – was wiederum die NATO auf den Plan ruft. Alles weit weg, mag es scheinen: Was habe ich am Niederrhein damit zu schaffen?

Wenn wir die Augen schließen, sind wir Teil einer Kriegsmaschinerie

Krieg ist nicht nur dort, wo Menschen im Kugel- und Bombenhagel verrecken: Krieg ist hier, weil er hier beginnt, hier geplant und hier gezündet wird. Wenn wir das nicht sehen (wollen), sind wir, ob wir wollen oder nicht, Teile der Militärstrategie von NATO und Bundeswehr – und das gerade auch am Niederrhein. Was am Niederrhein an Kriegsvorbereitungen und -durchführungen zusammengeballt ist, ist militärstrategisch unersetzlich – und wir, die Menschen am Niederrhein, werden da hinein gezwungen, zur stillschweigenden Unterstützung gezwungen – wenn wir uns einreden lassen, wir verstünden nichts von Strategien und angeblich hoher Politik. Dank Internet kann heute jeder den Wortlaut von NATO-Dokumenten nachlesen, genau so wie Analysen kritischer Verbände und Institute.



A

Alternativen
zu Tod und Gewalt

Abrüstung und zivile Konfliktlösung statt Aufrüstung und Krieg!

Nach Ende des Kalten Krieges vor über 25 Jahren erleben wir inzwischen eine neue Phase der Weltpolitik, in der immer neue heiße Kriege immense Opfer fordern (s. Grafik). Ein Politikverständnis, das Krieg wieder als legitimes Mittel der Auseinandersetzung versteht, greift immer weiter um sich. Dabei wurde zunächst gerade auch von den westlichen Staaten der EU und der NATO versucht, kriegerische Aktivitäten mit verharmlosenden Begriffen zu tarnen. So wurde von „humanitären Ein-

sätzen“ gesprochen, vom „Schutz der Menschenrechte“, von der „Verhinderung von Völkermord“. Doch waren diese militärischen Einsätze weder human, noch haben sie den Menschenrechten zum Durchbruch verholfen und forderten genau die zahllosen Opfer, deren Tod sie angeblich verhindern sollten. Seit 2001 haben die USA und ihre Verbündeten den „Krieg gegen den Terror“ ausgerufen und damit eine Folge von Kriegen ausgelöst, die im Einzelnen gar nicht mehr legitimiert werden müssen,

da sie ja vorgeblich ein gemeinsames Ziel haben: den Terror zu bekämpfen. In Afghanistan sowie jetzt in Syrien und Mali ist die Bundeswehr mit dabei, auch von Stützpunkten wie Geilenkirchen oder Kalkar am Niederrhein. Schon von Anfang an stand hier die Frage im Raum, ob man Terrorgruppen wirksam dadurch bekämpft, dass man Staaten wie Afghanistan angreift. Und nach über 15 Jahren dieses angeblichen „Krieges gegen den Terror“ muss man feststellen, dass sich die Zahl der

Menschen, die sich diesen Terrorgruppen anschließen, vervielfacht hat. Der Nahe und Mittlere Osten, aber auch Teile Afrikas sind heute geprägt durch Staaten, die durch den Krieg zerstört und in ihren Staatsstrukturen nachhaltig verwüstet wurden. Es sind Staaten, in denen Gewalt rivalisierender Gruppen den Alltag bestimmt oder zwischen denen religiöse und ethnische Unterschiede zu kriegstreibenden Konflikten aufgepuscht wurden. Die militärisch geprägte Politik der westlichen Industriestaaten hat also keine Lösungen für die realen Probleme der betroffenen Staaten gebracht, sondern ganz im Gegenteil neue Probleme und Krisen geschaffen, die ohne diese Politik so nicht existieren



Kriegsopfer seit Ende des Kalten Krieges



7.510.000 Tote

200.000 Tote
942.000 Tote
200.000 Tote
800.000 Tote
1.000.000 Tote
3.800.000 Tote
68.000 Tote
50.000 Tote
450.000 Tote

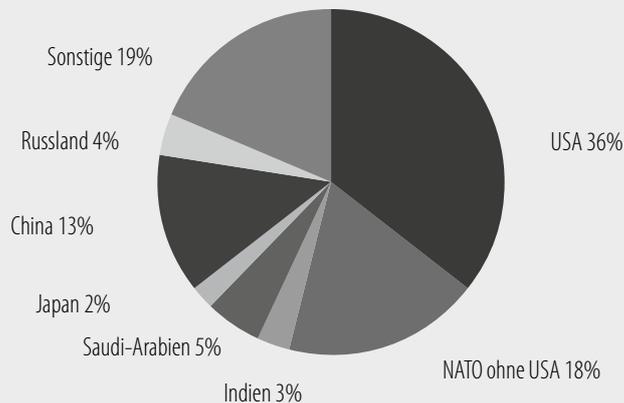
würden. Doch damit nicht genug. Diese Politik ist dafür verantwortlich, dass Terror auch in Europa zu einer realen Gefahr geworden ist, die bei vielen Menschen zu einer Quelle ständiger Angst geworden ist. Und diese Politik ist dafür verantwortlich, dass hier in Europa geborene und aufgewachsene Menschen bereit sind, sich Terrorgruppen anzuschließen und ihr Leben und das anderer zu opfern, um gegen diese Politik zu kämpfen.



Die Menschen fliehen vor dem Krieg

Dieser Krieg und auch die Mehrzahl der Terrorangriffe finden nicht bei uns statt, sondern in den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens oder in Afrika. Dort berauben sie die Menschen ihrer Lebensgrundlagen und treiben sie in die Flucht. Allein der Syrienkrieg hat 5 Millionen Menschen zur Flucht gezwungen; weltweit geht man von 60 Millionen Flüchtenden aus, die vor Not und Hunger, aber vor allem auch vor den Kriegsgräueln flüchten. Die überwiegende Mehrheit dieser Flüchtenden kommt nicht viel weiter als über die Grenzen der Nachbarländer. Diese Länder stehen wirtschaftlich oft nicht viel besser da als die Herkunftsländer der Flüchtenden und müssen mit bescheidenen Mitteln die Menschen beherbergen. Nur eine vergleichsweise kleine Zahl der Flüchtlinge gelangt auf gefährlichen Wegen nach Europa. Hier zeigen sich die reichen Gesellschaften vielfach schon mit diesem verhältnismäßig geringen Anteil der Flüchtenden überfordert. Die Flüchtlinge bringen die Folgen der Kriege zu uns nach Hause. Sie führen uns vor Augen, was die verfehlte Politik auch unseres Landes anrichtet, was Krieg anrichtet.

Rüstungsausgaben 2015: 1.680 Mrd. US\$ – fast 54% durch NATO-Staaten



Quelle: SIPRI

Zukunftsaufgaben bewältigen – nur ohne Krieg

Die Menschheit steht vor großen Herausforderungen. Der Klimawandel bedroht die Umwelt, bedroht die natürlichen Lebensgrundlagen auf unserem Planeten. Nur durch gemeinsame Anstrengungen aller Staaten kann es gelingen, den CO₂-Ausstoß unserer Gesellschaften zu reduzieren. Auch insgesamt muss die Umweltbelastung reduziert werden, muss die Wasserknappheit bekämpft, die Frage nach ausreichender gesunder Ernährung für die

Milliarden Menschen geklärt werden, gefährliche Krankheiten bekämpft werden. Doch statt diese brennenden Probleme wirksam anzugehen, verschwenden die Staaten Milliarden Steuergelder für Krieg und Rüstung (s. Grafik), forschen tausende Wissenschaftler an neuen Tötungsmaschinen, produzieren zehntausende hochqualifizierte Arbeiter Raketen, Drohnen, Panzer und andere Waffensysteme.

„Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit“ – diese Aussage aus der Grundsatzerklärung der War Resisters International, dem weltweiten Zusammenschluss der

Kriegsdienstgegner, zu denen auch die DFG-VK gehört, gilt angesichts der beschriebenen Auswirkungen von Krieg und Rüstung mehr denn je. Von Kriegsbefürwortern wird einem immer wieder entgegengehalten, Kriege habe es immer gegeben und werde es immer geben. Das ist ein Standpunkt, der die Entwicklungsfähigkeit der Menschheit ignoriert und die Augen verschließt vor den dringenden Problemen der Menschheit, die nur im Frieden gelöst werden können. Menschen, die diesen kriegsbejahenden Standpunkt einnehmen, verdrängen auch all die Alternativen, die in den letzten Jahrzehnten zur Verhinderung von Kriegen und für die nichtmilitärische Lösung von Konflikten entwickelt wurden.

Drei Ansatzpunkte zur Kriegsverhinderung

Will man Kriege verhindern, gilt es drei Bereiche zu beachten. Zum einen müssen die Mittel zur Kriegsführung reduziert werden. Abrüstungsvereinbarungen und das strikte Verbot von Rüstungsexporten können Krieg verhindern. In vielen Konflikten sind die Beteiligten auf die Lieferung von Waffen von außerhalb angewiesen. Gerade Deutschland ist zu einem der führenden Rüstungsexportländer aufgestiegen und

könnte hier mit einem Verbot einen wichtigen Beitrag zum Frieden in der Welt leisten. Die von der Verteidigungsministerin angekündigte Verdopplung des deutschen Militärhaushaltes in den kommenden Jahren gilt es zu verhindern. Diese sinn-



lose Verschwendung von Steuergeldern würde die Ausweitung von Kriegseinsätzen bedeuten und eben nicht den Frieden fördern. Überhaupt gilt es, die lange Zeit vernachlässigten Abrüstungsverhandlungen wiederzubeleben. Nach wie vor bedrohen weltweit über 15.000 Atomwaffen nicht nur unseres, sondern alles Leben auf dieser Erde. Hier das von der UNO angestrebte weltweite Verbot von Atomwaffen zu unterstützen wäre eine wichtige Aufgabe für

die deutsche Außenpolitik. Seit einiger Zeit erleben wir eine neue Konfrontation zwischen der NATO und Russland, die auch mit neuen Aufrüstungen verbunden ist. Auch hier wäre die Rückbesinnung auf Verhandlungen zur Reduzierung der beidseitigen

Bedrohungspotentiale der richtige Schritt zur Friedenssicherung.

Der zweite Bereich umfasst die Weiterentwicklung und Anwendung von Mitteln und Methoden der Zivilen Konfliktbearbeitung, um vorhandene Konflikte zwischen und innerhalb von Staaten auf nichtmilitärische Weise bearbeiten zu können. Hierzu zählen staatliche Einrichtung wie die UNO oder die OSZE, aber auch nichtstaatliche Instrumen-

te wie der Zivile Friedensdienst oder das Zivile Peacekeeping.

Nach den Schrecken des II. Weltkriegs wurde die UNO gegründet. In ihrer Charta verpflichten sich die Mitgliedsstaaten, ihre Streitigkeiten mit friedlichen Mitteln beizulegen. In Kapitel 6 der Charta werden umfangreiche Mittel aufgeführt, wie das geschehen kann: durch „Verhandlung, Untersuchung, Vermittlung, Vergleich, Schiedsspruch, gerichtliche Entscheidung, Inanspruchnahme regionaler Einrichtungen oder Abmachungen“. Das bekannteste Beispiel einer regionalen Einrichtung zur Lösung von Konflikten ist die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). Sie ging hervor aus den Bemühungen der Staaten in Ost und West, gegen Ende des Kalten Krieges eine Politik der Annäherung und der friedliche Koexistenz zu betreiben. In ihr sind alle Staaten Europas und die USA und Kanada zusammengeschlossen. Die Gipfel- und Ratstreffen der OSZE stellen ein Forum dar, in dem alle Mitglieder gleichberechtigt zusammentreffen und Probleme beraten können. Darüber hinaus kann die OSZE Beobachtermissionen, etwa zu Wahlen oder aktuell auch zur Überprüfung von Waffenstillstandsvereinbarungen wie in der Ukrai-

ne entsenden. Gerade in der Vorsorge und der Verhinderung von Gewaltmaßnahmen liegt die Stärke der OSZE. Eine solche Form der gleichberechtigten Konfliktbearbeitung wird von Friedenskräften auch für den Nahen Osten diskutiert.

Doch auch unabhängig von der staatlichen Ebene kann Zivile Konfliktbearbeitung wirksam werden. Internationale Gruppen wie die Nonviolent Peaceforce gehen mit Freiwilligen in Konfliktgebiete, um dort vorbeugend oder deeskalierend einzugreifen. Und auch aus Deutschland sind Friedensfachkräfte des Zivilen Friedensdienstes in Palästina, im Libanon, im Kongo und in 40 weiteren Ländern aktiv, um den Menschen bei der Bewältigung ihrer Probleme zu helfen und Gewalt zu verhindern. Informationen zu Einrichtungen in NRW, die sich mit zivilen Alternativen zur Konfliktbearbeitung beschäftigen, gibt es auf unserer Homepage.

Zum dritten gilt es die Ursachen von Kriegen zu erforschen und an deren Lösung zu arbeiten. Eine wesentliche Ursache von Kriegen ist die ungerechte Weltwirtschaftsordnung, die die Welt in arme und reiche Länder aufteilt und die große Teile der Menschheit zu Armut und Hunger verurteilt. Hier gerechtere Strukturen zu entwickeln und die negativen Folgen der

Globalisierung zu bekämpfen, wäre eine wichtige Voraussetzung und ein Schritt zur Schaffung des Friedens in der Welt.

Wir brauchen eine andere Politik zur Schaffung und Sicherung des Friedens. Eine solche Politik kommt nicht von selbst. Es gilt für sie einzutreten, aktiv zu werden: allein, mit Freunden oder in einer Gruppe oder Initiative!

**Friedlich denken allein ändert nichts.
Werde Mitglied der DFG-VK!**

DFG-VK

**Grundsatzklärung der Deutschen Friedensgesellschaft -
Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK):**
Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit.
Ich bin daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen
und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten.

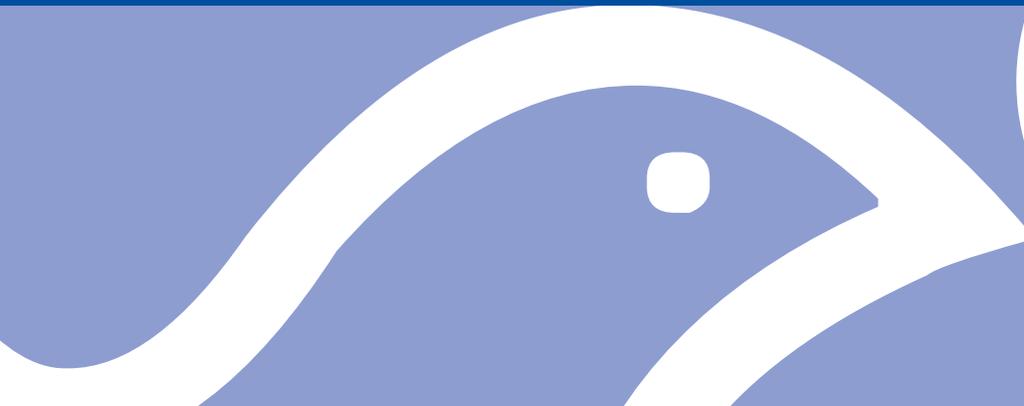


„Man kann sowieso nichts verändern! - Die da oben machen was sie wollen!“ stimmt so nicht. Jeder Einzelne kann gegen den Strom schwimmen und etwas tun.

Was kann man tun?

Auf keinen Fall den Kopf in den Sand stecken! Jeder Einzelne kann etwas tun.

Das fängt mit dem Unterschreiben einer Online-Petition an oder mit einem Leserbrief. Jede noch so kleine Handlung trägt zur Veränderung bei.





Eine Gruppe ist da schon wirkungsvoller.

Mit einer Gruppe hast du ganz andere Möglichkeiten: Du bist nicht allein, kannst dich austauschen und zusammen aktiv sein, zur Demo gehen, eine Flyer-Verteil-Aktion machen oder auch einen phantasievollen Nadelstich gegen die Bundeswehr setzen. Mit mehreren geht auch mehr: Veranstaltungen und Aktionen. Aktiv sein und Spaß dabei haben!

Manches geht nur mit einer Großorganisation.

Eine schlagkräftige Friedensbewegung braucht aber auch Großorganisationen mit erfahrenen Mitstreitern, einem großen politischen Netzwerk und der entsprechenden Technik. So wichtig jede kleine Aktion ist, so wichtig ist aber auch jede Großveranstaltung wie z.B. eine überregionale Demonstration.



Veränderungen erreichen – aktiv sein!
Organisiere dich in einem Friedensverband!
Tritt ein in die DFG-VK!

Nur gegen Militär und Bundeswehr zu sein reicht nicht. Für die gemeinsamen Ziele brauchen wir ein Grundsatzprogramm und einen politischen Friedensverband. Erst dann können wir unsere gemeinsamen Ziele wirkungsvoll vertreten und nach und nach durchsetzen. Dieser Verband ist die DFG-VK. Mach mit und werde Mitglied!

Es gibt vielfältige Handlungsmöglichkeiten und Aktionsformen, jede*r Einzelne kann aktiv werden.

Beispiele ohne Anspruch auf Vollständigkeit:

Der Bundeswehr vor Ort entgegenzutreten!

Die Bundeswehr ist am Niederrhein nicht nur stationiert, sie tritt auch wieder zunehmend in der Öffentlichkeit auf. Sie will so ihre Akzeptanz in der Öffentlichkeit erhöhen. Darum ist es besonders wichtig, ihr entgegenzutreten, wo immer sie auftritt. Das geht auch allein oder in einer kleinen Gruppe: Bei Veranstaltungen und

Der Phantasie sind keine Grenzen gesetzt

Festen unter Beteiligung der Bundeswehr kann man z.B. die Frage stellen, wie viele Soldaten nach Auslandseinsätzen unter schweren psychischen Störungen leiden. Der Phantasie sind keine Grenzen gesetzt:

- ▶ **Beim Tag der offenen Tür werden gerne auch die Kleinsten mit Kriegswaffen beeindruckt. Da kann es hilfreich sein, diese „Kindersoldaten“ fotografisch zu dokumentieren und an die örtliche Presse weiterzugeben.**
- ▶ **Arbeitsagenturen und Jobcenter lassen sich ohne Skrupel in die Rekrutierungsversuche der Bundeswehr einbinden. Gegenöffentlichkeit ist nicht gerne gesehen.**

Kein Krieg von deutschem Boden aus

Die Bundeswehr isolieren!

Zunehmend versucht die Bundeswehr, sich in der Mitte der Gesellschaft zu präsentieren: auf Stadtteilstellen, Plakatwänden, in Schulen und Jobcentern. Daher muss sie auch hier hinterfragt werden, wo sie auftritt. Wichtig ist, sie direkt, öffentlich und kritisch anzugehen. Und wenn sie, wie im Moment so oft, auf Berufsinformationsveranstaltungen der Arbeitsagenturen und Jobcenter unverhohlen um Kanonenfutter wirbt, muss in aller Öffentlichkeit deutlich werden, dass sie dort nichts verloren hat, denn auch hier gilt:

„Kein Werben fürs Töten und Sterben“

- ▶ Die Kirchen sind aufgefordert, endlich ihre Verträge mit der Bundeswehr über Militärseelsorge aufzukündigen. Vereinzelt gab es Aktionen, wie z.B. am Reformationstag den „Protest gegen Militärseelsorge“.
- ▶ Öffentliche Kritik am Deutschen Roten Kreuz wegen „zivil-militärischer Zusammenarbeit“

Öffentlichkeitsarbeit

Ohne Öffentlichkeit geht gar nichts! Aber Vorsicht: Friedensbewegung geht nur ohne Nazis! Neo-Nazis und andere Neurechte versuchen oft, sich mit Friedensthemen und linker Begrifflichkeit an die fortschrittlichen Bewegungen anzuhängen.

Die Bundeswehr scheut nichts so sehr wie Aufklärung und eine kritische Öffentlichkeit. Hier sind der Phantasie überhaupt keine Grenzen gesetzt, es gibt unglaublich viele Formen von Öffentlichkeitsarbeit:

- ▶ Leserbriefe werden gelesen und bewirken mehr als man annimmt.
- ▶ Podiumsdiskussionen zur Einbindung der Öffentlichkeit.
- ▶ Antimilitaristische Filmreihe.
- ▶ Stille Mahnwache mit „Sandwich“-Plakat.
- ▶ Sport mit prominenter Beteiligung – „Sportler für den Frieden“.
- ▶ Volkstrauertag – kriegsverherrlichender Kranz zurück an den Bürgermeister.

Provokante Öffentlichkeitsarbeit

Die Politik und ihre Auswirkungen, gegen die wir kämpfen, sind schockierend und für unendlich viele Menschen existenzbedrohend. Warum sollen wir dann immer nur „brav und angepasst“ protestieren? So hat in Berlin das „Büro für antimilitaristische Maßnahmen“ (BamB) die Grenzen des „guten Geschmacks“ immer wieder überschritten. In der Folge wird nicht nur die Form des Protests, sondern auch der Grund des Protests, öffentlich diskutiert. Beispielsweise gibt es auch hier genug:

- ▶ Die Bundeswehr-Werbung lässt sich auf Transparenten leicht verfremden.
- ▶ Stolpersteine für Wehrmachtsdeserteure in Trier und anderen Orten.
- ▶ Kriegerdenkmäler verhüllen.
- ▶ „Hohn und Spott fürs Militär“ - gesucht: bester satirischer Kurzfilm.
- ▶ „Der Tod im Blutbad“ - Protest gegen den „Tag der Bundeswehr“.

Demonstrative Öffentlichkeitsarbeit

Unser Protest muss unter Volk, in die Öffentlichkeit getragen werden. Je mehr Menschen wir erreichen, desto besser. Und auch hier gibt es reichlich Gelegenheit zum Protest, zur Auseinandersetzung und Diskussion.

- ▶ Transportwege aufzeigen und Stützpunkte blockieren.
- ▶ FriedensFahrradfahrt der DFG-VK.
- ▶ Transparente und Plakatwände gestalten
- ▶ Antikriegskonferenz „Truppen raus aus Afghanistan“.
- ▶ „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel“
- ▶ Aktion auf der Spielmesse „Gamescom“

Gedenktage / Aktionstage

Die Friedensbewegung und ihr langer Kampf haben natürlich auch ihre Traditionen und reichlich Gedenktage. So wird seit dem II. Weltkrieg jedes Jahr am 6. und 8. August der Opfer der Atombombenabwürfe auf Nagasaki und Hiroshima gedacht. Und so treffen wir uns seit mehreren Jahren jedes Jahr am 3. Oktober zu einer Demonstration in Kalkar, damit nicht wieder Krieg von Deutschland ausgeht und die Beteiligung am Morden durch Drohnen endlich beendet wird.

- ▶ **Antikriegstag 1. September.**
- ▶ **Volkstrauertag im November mitgestalten: Kranz für Deserteure niederlegen.**
- ▶ **Befreiung vom Faschismus 8. Mai 1945.**

Recht / Strafrecht

Bundesregierung und Bundeswehr setzen sich immer wieder über geltendes Völkerrecht und internationale Vereinbarungen hinweg, z.B. bei der Teilnahme an Angriffskriegen ohne UN-Mandat (Ex-Jugoslawien) oder wenn schon 17-jährige, d.h. Minderjährige, an Kriegswaffen ausgebildet werden.

Zunehmend versuchen Bürger und Friedensorganisationen mit rechtlichen/strafrechtlichen Mitteln dagegen vorzugehen.

- ▶ **Drohnen: Ihr Einsatz verstößt gegen das Völkerrecht.**
- ▶ **Büchel: Klage von Anwohnern gegen dortige Atomwaffen**

Internetarbeit / Digitales Vernetzung

Neue Medien eröffnen neue Möglichkeiten des Protests, der Öffentlichkeitsarbeit und der Information. Zudem bietet das Internet die Möglichkeiten die Menschen inhaltlich tiefergehend zu informieren und sogar aktiv zu werden:

- ▶ **Petitionsplattformen wie OpenPetition.de oder weact.campact.de nutzen**
- ▶ **Eine Website oder einen einfacheren Blog erstellen**
- ▶ **Social-Media-Portale wie facebook, twitter, instagram oder YouTube nutzen**
- ▶ **Für weitere Informationen immer auf Website der Bewegungen verweisen**

Erst durch Vernetzung werden wir wirkungsvoll!

Jede einzelne Aktion ist richtig und wichtig. Aber wir müssen uns mit anderen Aktivisten, Gruppen und Organisationen verbünden, die die gleichen Ziele haben

- ▶ **Zivile Friedensdienste**
- ▶ **Bürger- und Friedensinitiativen**
- ▶ **Gewerkschaften**
- ▶ **Kirchliche Gruppen**



Die Politik kommt an der Friedensbewegung nicht mehr vorbei.

Es gibt viele Beispiele dafür, dass aus der Friedensbewegung heraus neue Themen in die Öffentlichkeit gebracht werden konnten. Über viele Jahre und Jahrzehnte konnte eine andere Sichtweise auf Militär und Rüstungsvorhaben entwickelt werden. Die herrschende Militär- und Rüstungspolitik wird weitgehend nicht mehr von der Bevölkerung getragen.

In der Folge ist die Bundeswehr von erheblichen Nachwuchssorgen geplagt und man versucht, durch massive Aufstockung des Werbeetats neue Rekruten einzufangen und das ramponierte Image wieder aufzupolieren.

Inzwischen verweigern zunehmend Schulen die Zusammenarbeit mit der Bundeswehr.

Die fragwürdigen Rüstungsexporte mit jährlicher Rekordsteigerung und staatlich garantiertem Profit kann der Wirtschaftsminister nur noch im Schatten heftiger Kritik verteidigen.



Das alles geschah natürlich nicht freiwillig, sondern nur durch zum Teil jahrelange Öffentlichkeitsarbeit durch die Friedensbewegung.

Diese Erfolge beruhen auf vielen kleinen und phantasievollen Aktionen.

Es muss nicht immer die Großdemonstration sein, sondern jede kleine Friedensgruppe und jeder Einzelne im Land kann zu den verschiedensten Anlässen aktiv werden und damit zu Veränderungen beitragen.

Wir helfen gerne bei der Planung und Durchführung einer Aktion!

Kontakt:

Deutsche Friedensgesellschaft –
Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) NRW
Braunschweiger Str. 22, 44145 Dortmund
0231/818032, dfg-vk.nrw@t-online.de

Impressum:

Erstellt und herausgegeben von
den DFG-VK Gruppen Düsseldorf, Duisburg, Kleve, Köln, Krefeld, Neuss
in Zusammenarbeit mit dem DFG-VK Bildungswerk NRW e.V.

Spendenkonto des DFG-VK Bildungswerks NRW:

IBAN DE57 4405 0199 0001 0453 42

Weitere Informationen zu den verschiedenen Abschnitten dieser Broschüre:

<http://nrw.dfg-vk.de/wargames.html>

